

Calmer Calverblatt

Nr. 93.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 40 Hg. (Reklamen 1.00 Hg.) — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Druckpreis 8.

Donnerstag, den 22. April 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Krägerlohn Mk. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 8.10 ohne Bestellgeld.

Deutsche Nationalversammlung.

Deutschland und Polen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Interpellation betr. Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch polnisches Gebiet.

Abg. Bäcker (D.N.) begründet die Interpellation. Polen sollte uns zu Dank verpflichtet sein. Statt dessen hat es feindselig unsere Hand zurückgewiesen. Wir empfinden, was es heißt, Recht ohne Macht zu haben. Der Friedensvertrag sichert uns den freien Durchgangsverkehr auf allen Linien. Jetzt wird er auf die eingleisige Nebenbahnlinie Czerst—Marienwerder beschränkt. Ostpreußen soll vom Reich abgeschnürt werden. Die unerhörten Belästigungen der Polen sind in Anfragen meiner Partei, der Demokraten und der Mehrheitssozialisten der Regierung zu Kenntnis gebracht worden. Die Regierung hat Abhilfe versprochen. Es ist aber noch immer nichts geschehen. Wir Ostpreußen wollen lieber mit Deutschland hungern, als mit den Polen Ueberfluß haben. Es muß etwas geschehen, und zwar sofort. Die Einwohnerwehren müssen zum Schutze gegen den Bolschewismus in Ostpreußen erhalten werden. Die wirtschaftliche Lage der Provinz muß gehoben werden. Wir hoffen, daß der neue Reichsaußenminister einen frischen Geist der Initiative in sein Amt bringen wird.

Reichsaußenminister Dr. Köster: Der polnische Korridor ist ein rein künstliches Gebilde, das den Aufbau der wirtschaftlichen Gesundung Europas ins Gesicht schlägt. Wer bürgt uns dafür, daß Polen bei der Absteigerung seiner Noten nicht fertig wird und die Sperre des Korridors ins Ungemessene verlangt. Wir müssen zu einem endgültigen Abkommen kommen, wie es uns zugesagt worden ist. Wir sind noch immer auf den Art. 89 des Friedensvertrags angewiesen, der uns die völlige Freiheit des Durchganges noch nicht sichert. Gewisse Teilerfolge hatten wir bei Verhandlungen erreicht, als der Militärputsch dazwischen kam. Die Polen brachen die Verhandlungen ab, da sie die Vollmachten unserer Vertreter nicht mehr anerkannten. Wir machten die Korridorfrage zum Gegenstand von Verhandlungen in Paris. Die Polen sind bereit, in diesen Tagen die Besprechungen darüber zu beginnen. Nach Verhandlungen von heute morgen dürfen wir hoffen, daß sie zu einem gewissen Resultat führen werden. In diesen Verhandlungen hinein ist nun die polnische Sperreverfügung, angeblich wegen der Banknotenabstempelung geplatzt, die auch die deutsche Regierung sehr peinlich berührt hat. Die Streife Czerst—Marienwerder steht währenddessen nur für vereinzelte deutsche Wagen in polnischen Zügen und nur bei Tage offen. Eine derartige plötzliche Sperre entspricht mindestens nicht dem Sinne des Art. 82 des Vertrags. Wir haben sofort Einspruch erhoben. Unsere Beamten sind besonders schwer davon betroffen. Wir haben auch bei der Interalliierten Kommission in Paris protestiert. Morgen fährt eine Abordnung des Auswärtigen Amtes des preuß. Ministeriums des Innern und des Justizministeriums nach Posen zur Regelung der Beamtenfrage. Es ist Anschlag vorhanden, die Pässeverrichtungen zu vermeiden. Zwangsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet erübrigen sich, weil wir schon die Ausfuhr gesperrt haben, da Polen seine wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Die Abschließung Ostpreußens müssen wir durch Verbesserung der Seeverbindungen verhindern. Angesichts der ganzen polnischen Methode hält die Regierung es für ihre Pflicht, Polen zu bedenken zu geben, daß Polen mindestens so sehr auf Deutschland angewiesen ist wie umgekehrt. Niemand weiß, wie die Dinge im Osten sich gestalten werden. Polen muß auch mit Rücksicht auf die vielen Deutschen an seinen Grenzen wenigstens ein erträgliches Verhältnis zu uns inne halten. Die Regierung wird alles tun, Ostpreußen wirtschaftlich und administrativ diejenige Selbständigkeit zu gewähren, die es beanspruchen kann. Geistig und moralisch wollen wir mit den Ostpreußen in alter und voller Freundschaft leben. (Beifall.)

Abg. Wolff (Soz.) schildert aus eigener Erlebnis die Schikanen der preussischen Soldaten und Beamten im polnischen Korridor.

Abg. Feldsted (Dem.) wünscht, daß die Unterhändler mit den Polen etwas weniger zaghaft umgehen. Das hängt mit dem etwas veralteten Geiste im Auswärtigen Amt zusammen. Die Polen betrachten demgegenüber die Verhandlungen nicht vom sachlichen, sondern vom politischen Standpunkt aus.

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Die Polen täten gut daran, sich allmählich an die Bestimmungen des Vertrags zu gewöhnen, die auch für sie einst bindend sein werden, also nicht nur an den § 39, sondern auch an den § 98 und auch an

den § 93. An Stelle des Rechtes ist im Osten die Willkür getreten und das ist doch für das Ansehen des Obersten Rates und des Völkerverbundes nicht eben förderlich. Die Abschaffung der Willkür liegt auch im Interesse der Polen selbst. Für die Forderungen und Bedürfnisse Ostpreußens muß im preussischen Gesamtministerium eine Zentralstelle geschaffen werden. Der Seeverkehr nach Ostpreußen muß ausgestaltet und subventioniert werden. Die Bemühungen Scharners in London, die Friedensbedingungen betr. den Schiffbau zu unsern Gunsten abzuändern, müssen unterstützt werden. Das ist auch wegen der Abstimmung wichtig. Das polnische Parlament hat ja schon beschlossen, eine Intervention eintreten zu lassen, wenn die polnischen Kommissionen sich zu schwach zeigen, die polnischen Abstimmen zu schützen.

Abg. Graf Dohna (D.V.): Dem Minister sind wir dankbar für seine Ankündigung energischer Maßnahmen, hätten aber vielleicht eine etwas schärfere Sprache gewünscht gegenüber dem brutalen Rechtsbruch der Polen.

Abg. Schulz (D.N.) wendet sich besonders gegen eine Ausführung des Abg. Wolff, der die heutigen Schwierigkeiten mit Polen auf die preussische Polenpolitik und die Galatisten zurückgeführt hatte. Man möge Leute zu den Verhandlungen nach Warschau schicken, die von den Dingen etwas verstehen. Unsere Außenpolitik mußte in Bismarckschem Geiste geführt werden.

Reichsminister Dr. Köster: Gegenüber einer Bemerkung des Abg. Heidsieck sei gesagt, daß eine der Abteilungen des Auswärtigen Amtes für den Osten bestimmt ist und eine der Unterabteilungen für Polen. Sonderabmachungen mit Polen existieren nicht, die die Polen berechtigen, uns Schwierigkeiten zu machen. Danzig bleibt deutsch. Wenn wir hier aber Auslandspreise berechnen, so geschieht dies aus praktischen Rücksichten, um Schiebung unumgänglich zu machen.

Reichsminister Müller: Abg. Schulz ist noch in dem Gedankenkreise von vor 40 bis 50 Jahren befangen. Die fremden Diplomaten sind heute auch keine Fachleute. Der Außenminister soll durch seine Persönlichkeit und durch seine Politik Vertrauen im Auslande erwerben und dazu scheint mir Dr. Köster geeignet. (Beifall.)

Abg. Henke (U.S.): Herr Köster hat gestern sehr nationalistische Töne angeschlagen. Die Politik der Polen ist eine Frucht der Politik der Rechte. Die heutigen Minister sind immerhin noch besser als die der alten Ära. Die Arbeiterschaft wird mit den Resten dieser Ära aufräumen. Dasselbe W.T.B., das während der Kappzage im Dienste der Reaktion stand, verbreitete neulich eine Meldung, in Polen sei ein Militärputsch zu befürchten. Das war natürlich Tendenz. Die Absicht der Interpellation war, für die Wahlen zu wirken. Damit schließt die Besprechung.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Beschlusses über die Besetzung des Reiches. Nach Bemerkungen der Abgg. Kieffer (D.V.), Reil (S.), Dünel (Unabh.), der bebauert, daß das eigentliche Besetzungsrecht jetzt nicht mehr revidiert werden wird, ferner der Abgg. Waldstein (Dem.) und Dr. Mumm (D.N.) wird der Entwurf angenommen mit der Abänderung, daß außer den Goldmünzen auch Silbermünzen mit dem Metallwert zu bewerten sind.

Das Gesetz wird dann auch in dritter Lesung angenommen. Außerhalb der Tagesordnung kommt noch zur Beratung ein Antrag des Haushaltsausschusses betr. die Auszahlung der Teuerungszuschläge für die Eisenbahnarbeiter und die Verwaltungsarbeiter, die zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeiterorganisationen vereinbart worden sind. Eine entsprechende Ermächtigung soll für die übrigen Zweige der Verwaltung erteilt werden. Es handelt sich zunächst um einen Betrag von 2½ Milliarden.

Reichsfinanzminister Wirth: Die finanzielle Tragweite ist außerordentlich groß für das Reich. Der Verkehrsminister und der Postminister sind mit mir einig, die Konsequenzen dieses Antrages auf uns zu nehmen. Die Reichsbefolgebefugung wird zunächst sich darauf ausbauen müssen. Die Verhandlungen über einen Reichslohntarif mit den Eisenbahnerorganisationen beginnen in den nächsten Tagen. Die Eisenbahnarbeiter brauchen eine Verschleppung nicht zu befürchten. Die Androhung des Streiks ist mit dem demokratischen Gedanken nicht zu vereinbaren. Durch sie darf sich niemand beeinflussen lassen. Aber wenn man die Zuschläge geben will, gebe man sie rasch. Mit der Bewilligung dieser Zuschläge ist allerdings die Finanzgebarung des Reichs auf lange hinaus auf das empfindlichste beeinflusst. Ich werde über unsere finanzielle Lage anfangs nächster Woche sprechen.

Abg. Pachnide (Dem.): Wir befinden uns in einer Zwangslage.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter sind nach eingehender Prüfung seitens des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Reichsverkehrsministeriums für durchaus berechtigt anerkannt worden, insbesondere im Hinblick auf die Forderungen in der Privatindustrie und in den städtischen Betrieben. Wir erwarten aber, daß diese Streikandrohung die letzte war und daß die Arbeiter ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Abg. Frau Zieg (Unabh.) stimmt dem Antrag zu.

Abg. Kogur (Soz.): Die Teuerungszuschläge müssen nach der gleitenden Skala bewilligt werden.

Abg. Deglerk (D.N.): Die Beamtenpensionäre warten seit länger als einem Jahr auf eine Aufbesserung ihres Einkommens. Es wird uns so schwer gemacht, diesem Antrag zuzustimmen.

Reichsfinanzminister Wirth: Die Reichsregierung übernimmt die Verantwortung für den Antrag.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr: Reichstagswahlgesetz und Reichspräsidentenwahlgesetz. Schluss: 8½ Uhr.

Polnische Intrigen bezüglich des oberschlesischen Abstimmungsgebiets.

* Berlin, 21. April. Ein Breslauer Telegramm der „Post, Ztg.“ berichtet, daß Polen die Beseitigung der Sicherheitswehr und Verschiebung der Volksabstimmung in Oberschlesien vom Obersten Rat fordern werde.

Die Verbindung mit Danzig.

* Berlin, 21. April. Wie die „B. Z.“ aus Danzig meldet, geht nach der zwischen der polnischen Regierung und Sir Reginald Lower abgeschlossenen Vereinbarung die Verwaltung der Eisenbahnen in die Hand des Freistaates Danzig über. Von Danzig nach Berlin und Königsberg verkehrende durchgehende Züge, die auf polnischem Gebiet weder halten, noch kontrolliert werden dürfen. Die Danziger Behörden erhalten direkte Telegraphen- und Telefonleitungen nach Deutschland.

Die Staatsangehörigkeit der in Danzig Heimatberechtigten.

D.A.I. Da Zweifel herrschen über die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Danzig Heimatberechtigten, aber im Auslande lebenden deutschen Reichsangehörigen hat das Deutsche Auslands-Institut die Frage an zuständiger Stelle zur Klärung vorgelegt. Der jetzt erteilte Antwort zufolge beschränkt sich der Erwerb von Rechts wegen auf Grund des Friedensvertrags nur auf die beim Inkrafttreten desselben im Gebiet der freien Stadt Danzig wohnhaft Gewesenen. Die in Danzig nur Heimatberechtigten sind also nicht Danziger Staatsangehörige geworden.

Zur äußeren Lage.

Deutsche Noten bezüglich des Bestandes des deutschen Heeres.

(W.B.) Paris, 21. April. Die deutsche Delegation hat der Friedenskonferenz drei Noten zugehen lassen. Die erste Note erucht um die Ermächtigung, den Bestand der in der Uebereinkunft vom 8. August 1919 für die neutrale Zone zugestandenen Truppen dahin abzuändern, daß statt einer gewissen festen Anzahl Einheiten ein anderer Totalbestand bewilligt wird. Weiter wird verlangt, daß in diesen Truppenbeständen statt zehn 11 Batterien Artillerie inbegriffen werden. Mit der zweiten Note übermittelte die deutsche Delegation der Friedenskonferenz ein Memorandum des Kriegsministeriums, welches dahingehend, die Ermächtigung zu erlangen, den Bestand der ständigen deutschen Armee von 100 000 Mann, wie der Friedensvertrag vorsieht, auf 200 000 Mann zu erhöhen. Das Memorandum macht Angaben über die Anzahl der Infanterie- und Kavalleriedivisionen, sowie über die Zahl der schweren Batterien und Fliegergeschwader, die das Kriegsministerium beizubehalten wünscht. Die dritte Note übermittelte den Text der deutschen Antwort an die interalliierte Kontrollkommission bezüglich der Auflösung der Einwohnerwehren. Ihr ist eine Abschrift des Schreibens beigefügt, mit welchem die deutschen Bundesstaaten aufgefordert wurden, dem Begehren der Entente um Auflösung der Einwohnerwehren zu entsprechen.

Der französische Kammerauschuss für völlige Entwaflnung Deutschlands.

(W.B.) Paris, 21. April. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Maurice

sbühne.
hr:
ub
innen
ten
Schönhan.
chherr, Badstraße.
onats
uerei Dreiß
lz=
richt.
entgegen
ob,
straße 175.
le Gorten
inge
elsgärtner.
ager.
ederstr.
10x12x25,
12x14x25,
inen,
für Abort-
Anlagen,
en aus
Terrazzo,
atziegel
berstanz,
Bruben-
pappe.
riebezell.
geres, ehrliches
ädchen
te Stellung bei
hn. Dasselbe hat
genheit das Nühen
n. Zu erfragen bei
ay, Baugeschäft,
weissenstein,
wigsplatz 11.
ft neue
Bieh-
monika
wert zu verkaufen.
agt die Geschäfts-
Bl.

Kagan and an: Die Kammer beschließt im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen durchgeführt werden. Der Ausschuß beauftragt seinen Vorsitzenden, Louis Barthou, der Regierung diesen Beschluß zu übermitteln. — (Die Franzosen wollen die völlige Entwaffnung Deutschlands nicht, um normale Beziehungen zwischen den Völkern herzustellen, sondern um die Vernichtung Deutschlands vollenden zu können.)

Italienische Stimmung.

* Berlin, 22. April. Nach einer Meldung des „B. V. N.“ aus Frankfurt a. M. berichtet der „Matin“ aus San Remo, die Stimmung des italienischen Volkes sei jetzt ausgesprochen gegen die Alliierten und besonders gegen Frankreich. — (Die Italiener sind sowohl hinsichtlich der Adria wie des kolonialen Besitzes von den Engländern und Franzosen übers Ohr gehauen worden, kein Wunder also, daß ihr heiliger Egoismus sich dagegen aufbäumt.)

Die Verteilung der Türkei.

(W.B.) Amsterdam, 21. April. Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ in San Remo meldet, die italienische und die jugo-slavische Regierung seien in der adriatischen Frage zu einem Einvernehmen gekommen. Der Berichterstatter meldet über den türkischen Friedensvertrag, das Türkische Reich werde stark verkleinert werden, da Syrien, Palästina, Mesopotamien, Ägypten, Armenien, Thrakien und Smyrna ebenso genommen würden. Hinter Adalia soll eine französische, hinter Adalia eine italienische Zone festgesetzt werden. Die Türkei wird die Hälfte aller Untertanen verlieren und ungefähr 9 Millionen Mohammedaner und 2 Millionen Christen umfassen.

(W.B.) San Remo, 21. April. (Reuter.) Der Völkerbund hat es abgelehnt, ein Mandat über Armenien anzunehmen. Paris, 21. April. Der Sonderberichterstatter des „Internationale“ berichtet aus San Remo, Benizelos habe, von England und Italien unterstützt, bei der Aufteilung der Türkei einen großen Teil erhalten. Griechenland werde die gesamte europäische Türkei mit Ausnahme der Bannmelle von Konstantinopel zugesprochen.

Soldatenkundgebungen in Paris.

Paris, 21. April. „Homme Libre“ meldet aus Tours, daß etwa 200 bis 300 Soldaten der Jahreshälfte 1918 vorgestern abend Kundgebungen in den Hauptstraßen der Stadt zu ihrer Entlassung veranstaltet haben.

Angeblliche irische Verschwörungspläne.

Rotterdam, 21. April. Laut „Evening Standard“ soll eine weit verzweigte Verschwörung entdeckt worden sein, im Juni Aufstände in Irland, Ägypten, Indien und Kanada hervorzurufen. Der Plan stamme aus dem Hauptquartier der Valeras in New York, der als Kriegskasse 2 Millionen Pfund Sterling besitze. — De Valera ist der Führer der Feen, der in Amerika Propaganda für die Befreiung Irlands macht.

Neuer Aufstand der Ukrainer.

Amsterdam, 21. April. Die „Times“ melden, daß die Gerüchte über eine Erhebung der Ukraine in Kiev sich bestätigen.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei.

(W.B.) Prag, 21. April. Bisher sind für das neue tschechoslowakische Abgeordnetenhaus 50 Deutsche und 148 Tschechen und Slowaken gewählt. 88 Mandate sind noch zu besetzen.

Amerika und der Versailler Vertrag.

* Paris, 21. April. Nach dem „New York Herald“ wird die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten noch in dieser Woche eine Entschließung einbringen, durch die Amerika sich vom Versailler Vertrag und von den europäischen Angelegenheiten losragt. — (Amerika war es, das Deutschland zum Versailler Vertrag geführt hat, jetzt hat es sein Ziel der Ausschaltung eines gefährlichen Konkurrenten erreicht, beherrscht den gesamten amerikanischen Kontinent und schließt an, in aller Stille ebenso wie in Europa jetzt auch im fernen Osten zu intrigieren.)

Vermischtes.

Der dauernde Wohnsitz des Kronprinzen.

Amsterdam, 21. April. Die holländische Regierung verhandelt wegen des Ankaufs des Pfarrhauses in Osterland (Wieringen), das dauernder Wohnsitz des ehemaligen deutschen Kronprinzen bleiben soll.

Zinsfußerhöhung in England.

Seit kurzem wird in europäischen Ländern die Zinsschraube angezogen. Vor vier Wochen begann man damit in Schweden, und Finnland folgte alsbald. Im laufenden Monat haben dann die Nationalbanken von Belgien, Frankreich und Italien ebenfalls ihren amtlichen Wechselzinsfuß hinausgesetzt. Dasselbe tut nunmehr auch die Bank von England, indem sie ihren amtlichen Zinsfuß, der seit dem 6. November 1919 auf 6 Proz. gestanden hatte, auf 7 Prozent erhöhte. — (Die Geldflüssigkeit ist also im Abnehmen begriffen.)

Eine Eingabe gegen den Bodenhandel.

ep. In einer Eingabe an den Reichskanzler bitten die Mietervereine von Groß-Berlin, Kiel, Hamburg, Regensburg, München, Rheinland-Westfalen u. a., die Ortsgruppen Kiel und Altona der großen Angestellten- und Beamtenverbände und der sozialdemokratischen Partei, eine Reihe von Heimstättenvereinen und Bodenreformgruppen usw. die Reichsregierung um sofortigen Erlaß einer Verordnung, die den Handel mit bebauten und unbebauten Grundstücken durch Verleihung eines übertragbaren Verkaufszertifikats an die Kommunalverbände einschränkt, sowie den Gemeinden und Kreisen das Recht der Enteignung gibt in allen den Fällen, wo es das Interesse der Allgemeinheit erfordert. In der auch auf unsere Verhältnisse zutreffenden Begründung wird auf

Amtlige Bekanntmachungen.

Bezirksfürsorgestelle

der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Schwerekriegsbeschädigte, die mindestens eine Rente von 50 oder mehr vom Hundert der Volkrente beziehen und Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verwundung oder ihres Leidens genötigt sind, einen Berufswechsel vorzunehmen und zurzeit ohne Arbeit sind, haben sich unverzüglich bei der Bezirksfürsorgestelle Calw zu melden. (Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag und Samstag, vormittags von 8 bis 11 Uhr.)

die nicht ernst genug zu nehmenden Gefahren des zunehmenden Handels mit fälschlichen Grundstücken hingewiesen, an dem sich neben vielen Reichsgewordenen im Inland Ausländer der verschiedensten Nationalitäten beteiligen; in den Städten Schleswig-Holsteins z. B. wächst die Zahl der dänischen Hausbesitzer von Tag zu Tag. Die unausbleibliche Folge werde ein Hochtreiben der Mieten, eine unerträgliche Verteuerung der ganzen Lebensverhältnisse, letzten Endes eine Verflachung des deutschen Volkes sein, das den einheimischen und ausländischen Spekulant in Gestalt der Bodenrente seinen Tribut zu bezahlen haben wird. Dem ländlichen Grundbesitz drohen dieselben Gefahren. Gegen alle Widerstände der Interessenten gelte es die Lebensgrundlage des deutschen Volkes sicherzustellen.

Eitle Hoffnungen.

Das Anziehen des Marktes hat in den Kreisen der Schieber eine katastrophale Wirkung ausgelöst. Die Geschäfte gingen nicht mehr wie früher. Die Abnehmer wurden zurückhaltend. Wenn eine solche Entwicklung naturgemäß nur begrüßt werden kann, so muß doch davor gewarnt werden auch für das reelle Geschäft und den gesetzmäßigen Handel von der Besserung unserer Valuta eine baldige Aenderung in der Richtung auf niedrigere Preise zu erwarten. Nach Lage der Verhältnisse ist leider nicht damit zu rechnen, daß die Preise für Bedarfsartikel in der nächsten Zeit herunter gehen werden. Im Gegenteil, die allermeisten unserer Gebrauchsgüter haben heute im Inland noch einen Preis, der selbst bei wesentlich gesteigertem Valuta noch weit unter dem Weltmarktpreis bleiben würde. Das ist auch die Auffassung aller maßgebenden Kreise; und es kann deswegen nur davor gewarnt werden, an die Besserung unserer Valuta allzu freudige Hoffnungen zu knüpfen.

Deutschland.

Die Untersuchung in Sachen des Rapp-Butsches.

Berlin, 21. April. Zur Untersuchung der Vorgänge im März d. Js., soweit Angehörige des Heeres und der Marine darin verwickelt sind, ist ein besonderes Amt im Reichswachministerium unter Aufsicht des Reichsstaatssekretärs Stodt eingerichtet worden. Beschwerden gegen Angehörige des Heeres und der Marine wegen Vorkommnissen in den Tagen des Rapp-Butsch sind, mit genauer Unterschrift und Aufschrift versehen, sofort an das Untersuchungsamt für die Märzvorgänge zu richten.

Rapp in Schweden.

Berlin, 21. April. Wie die „B. Z.“ am Mittag“ meldet, hat die Stockholmer Kriminalpolizei die Ausweisung Rapps wegen Passfälschung beantragt. Rapp hat die schwedische Regierung gebeten, in Schweden bleiben zu dürfen, und, falls man ihm dies nicht gestatte, ihm einen Paß zur Reise nach der Schweiz auszustellen. Rapp hat übrigens, wie er einem deutschen Flieger in Schweden erzählte, eine Notlandung in Barnemünde vornehmen müssen.

Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten.

(W.B.) Berlin, 22. April. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird morgen zurücktreten, da er sich gesundheitlich schlecht fühlt und Unzufriedenheit im Lande bemerkt.

Die Not der Presse.

Die „Kasseler Allgemeine Ztg.“, bisher 7mal wöchentlich als Morgenblatt (Sonntagsausgabe am Sonnabend nachmittag) herausgegeben, erscheint seit 1. April, um Ersparnisse zu erzielen, 6mal wöchentlich als Mittagszeitung.

Die „Dedertaner Nachrichten“ haben nach 24jährigem Bestehen mit Rücksicht auf die hohen Papier- und sonstigen Materialpreise ihre Erscheinung Anfang April eingestellt.

Der „Amtlige Anzeiger“ in Limbach stellte am 1. April infolge zu hoher Herstellungskosten sein Erscheinen ein.

Das Erscheinen eingestellt hat am 1. April der „Größiger Anzeiger“. Die andauernde Steigerung aller Unkosten im Zeitungsgewerbe macht es ihm, wie der Verlag selbst bekannt gibt, jetzt unmöglich, ohne Verberlust zu arbeiten.

Das „Plauener Tageblatt“ erscheint vom 1. April ab nur noch einmal wöchentlich unter dem Titel „Plauener Sonntagsanzeiger“, eingeschränkte Ausgabe des Plauener Tageblatts.

Die „Badische Landeszeitung“ in Karlsruhe sieht sich durch die Schwierigkeiten im Zeitungsgewerbe veranlaßt, ab 1. April nur noch einmal täglich zu erscheinen, nachdem das Blatt seit vielen Jahren lange vor dem Krieg zweimal erschienen war.

Ein Opfer der maßlos gestiegenen Betriebskosten ist die „Schwarzwälder Volksstimme“ in Haslach i. R. geworden, die seit 25 Jahren vom Buchdruckereibesitzer Wilhelm Engelberg herausgegeben wurde. Sie hat ihr Erscheinen als politisches Blatt eingestellt.

Die seit einem Jahre bestehende „Dürener Bürgerztg.“ hat wegen der erhöhten Unkosten des Zeitungsbetriebes am 1. April d. Js. ihr Erscheinen eingestellt.

Ihr Erscheinen eingestellt hat auch die bekannte volkstümliche Wochenschrift „Die Besse“ in Stuttgart, weil die Herstellungskosten unerschwinglich wurden.

Vom Frankfurter Heiligtum und Fellmarkt.

Auf der Frankfurter Fellauktion am Mittwoch zeigte sich, lt. „Frankf. Btg.“ ein weiteres Nachlassen der Kaufkraft. Für Großviehhäute wurden 17,25 bis 18,75 Mark erzielt, was einen Abschlag von 40 Prozent bedeutet. Für Kalbfelle lagen diesmal nur Gebote von 37 Mark vor, Mitte Februar hatten sie mit Kopf 65 Mark erzielt. Auf Rauhäute wurden 500 bis 800 Mark geboten. Sie wurden deshalb zurückgezogen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. April 1920

Dienstauchrichten.

Eine technische Eisenbahnbetriebssekretärstelle bei der Eisenbahnbauinspektion Calw wurde dem Feldmeister Böfinger sowie dem Bauwerkmeister Boos übertragen.

Schwäbische Volksbühne.

* Die Schwäbische Volksbühne gab gestern abend im Bad. Hof vor ausverkauftem Hause als drittes und letztes ihrer Gastspiele den fiktiven Schwank von Franz und Paul von Schöndhart „Der Raub der Sabinerinnen“, ein altes Zug- und Rassenstück, das trotz seines bläseligen Unsinns immer und überall gute Aufnahme findet. Eine eigentliche Idee und Handlung ist in dem Stück nicht enthalten, das gehört auch nicht zum Handwerk, oder in diesem Falle zur Fabrikationsmethode einer Schwankfirma, die Hauptsache ist hier die Kunst, so viel wie möglich wichtige Einfälle aneinanderzureihen, damit das Publikum nicht aus der fröhlichen Laune kommt, wenn zum Schluß auch nichts anderes übrig bleibt, als überangestrengte Nachzusteln. Für einen solchen Genus ist in dem Schöndhart'schen Schwank allerdings hinreichend Fürsorge getroffen. Die Figuren sind den „fliegenden Blättern“ entnommen, dieser altjüngferlichen Tante des Humors, die uns „Modernen“ aber in ihrer engen naiven Anschauungswelt etwa so erfreut, wie die Puppe das Kind. Der Dialog ist flüchtig und wird durch eine geschickte Situationskomik noch unterstützt. So sind also alle Momente für einen Erfolg gegeben, vorausgesetzt . . . na ja, und diese Voraussetzung wurde durch die Mitglieder der Schwäbischen Volksbühne erfüllt. Es wurde flott gespielt, sodas das Stück im Ganzen rund und nett herauskam. Der Theaterdirektor Striese ist bekanntlich eine „Bombenrolle“ für den ersten Charakterkomiker. Herr Gilzinger fand sich in der Herausarbeitung der einzelnen Charakterzüge recht gut zurecht, aber durch die Bemühungen der Detaillierung kam das eigentlich Charakteristische, die große Größe, die dieser kleine Schmierendirektor in seiner Welt der Illusionen immer wieder betont, nicht so recht zur Geltung. Den Professor Gollwig, eine heikle wohl ausgestorbene Spezies des deutschen Bädagogentums zeichnete Herr von der Heyden mit rührender Glaubwürdigkeit. Die Frau Professor von Fel. Grete Berndt schien uns etwas zu jugendlich und zeitweise für die Würde ihres Standes auch zu temperamentvoll; im übrigen zeigte sie ein feines, vornehmeres Spiel. Mit Anmut und Temperament gab Fel. Nina die Frau Dr. Neumeister und ihre sekundäre als reizender verkleideter Badfisch Fel. D. H. Dorf aufs beste. Auch die größeren Nebenrollen waren bei Herrn Kunig, Fel. Marr und Herrn Mainzer in guten Händen. Die Zuschauer amüsierten sich köstlich, und so dürfte wohl, nach dem überaus großen Erfolg, den die Schwäbische Volksbühne mit ihren 3 Vorstellungen hier zu verzeichnen hatte, auch ein künftiger Besuch sich lohnen.

Eine Wahlkreis-Konferenz

der sozialdemokratischen Partei des Oberamts fand, wie uns geschrieben wird, am Sonntag in Hirsau in der „Schwane“ statt. Dorf. Samsel-Unterreichenbach gab einen Rückblick, dabei die Wahlen zum Bezirksrat besonders erwähnend. Zum 1. Punkt Errichtung von Jugendämtern sprach R. Schindler-Stuttgart, welcher an der Hand des Gesetzes den Anwesenden die Anwendung darlegte. An den ausführlichen Vortrag schloß sich eine Aussprache, in welcher die Schaffung der Jugendämter begrüßt wurde, in der Erwartung, daß auch Vertreter der Arbeiterschaft zur Mitarbeit herangezogen würden. — Den Bericht über die Bezirksratswahlen gab in kurzer, aufklärender Weise Schultheiß Karck-Unterreichenbach. Von Vertretern der Landorte wurde auf den Kleingeldmangel hingewiesen, und erwähnt, daß vom Bezirk aus dieser Not hätte abgeholfen werden sollen nach Anhörung der Bezirksräte. Die Zustimmung zu der Eingabe des Freudenstädter Bezirksrats betr. Aufhebung der Sonntagswahlen für Ortsvorsteher wurde bebauert, da auf diese Weise Arbeiter, die außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, um ihr Wahlrecht kommen. Von mehreren Rednern wurden die Vertreter ersucht, in ihren Gemeinden darauf zu achten, daß auch die Gemeindebeamten und Unterbeamten ein auskömmliches Gehalt bekämen. — Von einer Bezirksmaifeier wurde nach kurzer Aussprache abgesehen. — Sodann verbreitete sich Herr Schindler-Stuttgart über die bevorstehenden Wahlen in leichtverständlicher Weise. Es gelte die Aufrechterhaltung der Demokratie. Redner schilderte das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu den übrigen Parteien von rechts und links. Für die Wahlen zum Reichstag wird man sich betreffend Aufstellung von Kandidaten mit den zugehörigen Bezirken verständigen. Als Kandidaten zur Landtagswahl werden der Landeskonferenz zur Auslosung vorgeschlagen: Schultheiß Karck-Unterreichenbach, G. R. Sieder-Calw und G. R. May-Calw. — Als Vertreter des Wahlkreises zur Landeskonferenz der Partei in Stuttgart wurden gewählt: Kling-Liebengell, Samsel-Unterreichenbach, Schray-Simmohheim, Sieder-Calw, als Vertreter Göding-Hirsau, Weber-Ernstsmühl, May-Calw. Mit Dankworten an die aus den Bezirksorten zahlreich erschienenen schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Rundgebung der Vereinigung württembergischer ehemaliger Kriegsgefangener.

Die Vertreter von 55 Ortsgruppen der Vereinigung ehemaliger württ. Kriegsgefangener faßten eine längere Entschliessung für ihre noch in Gefangenschaft schmachtenden Kameraden. Sie fordern die Regierung erneut und energisch auf, die Heimführung der Gefangenen in Sowjet-Rußland und in Sibirien mit allen Mitteln zu betreiben. Die Regierung solle sich an die neutralen Mächte, an den Papst und an die früheren Feinde wenden. Auch für die Gefangenen in Turkestan müsse etwas geschehen. Die in Deutschland befindlichen gefangenen Russen sollen baldigst in ihre Heimat abgeführt werden. Zum Schluß forderte der Aufruf zu Massenkundgebungen und Sammlungen für die Freilassung der Gefangenen auf. Im ganzen Land soll ein Blumentag veranstaltet werden. Beiträge und Gaben nimmt die Landeszentrale der Vereinigung ehemaliger württ. Kriegsgefangener, Stuttgart, Redarstraße 30, entgegen.

Wahl.

Das Landtag werden, voraussetzungen, die so fähige Behörde

des In der am Minister-Randla den, die so fähige Behörde

des „Daran Zeit au verstand kann de eigenen noch N für die Tieren äußerste — in u leben zu Tiefstan und fre auch erkl den. G gebracht ist unwe wenn u welt ver weniger schon vi oder we ten in d ig, n an Sa Denn n freudlos überfä das R brau ch Meisen knorrtige gepetisch kann id felder v was wi die fern Ruhe in vermag. Zur Den fechtun den. De approbier lung“ ist Kranthei anhalten, haus br Kurpfusch boten. S Kranthei schriften richtenden Patient f

Wählerlisten und Wahlkarteien für die Wahlen.

Das Ministerium des Innern gibt bekannt, daß die Wahlen zum Landtag wahlberechtigt mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden, so daß die zweite Ausfertigung der Reichstagswählerliste voraussichtlich für die Landtagswahl dienen kann. Zugleich werden Richtlinien für die Anlage einer Wahlkartei gegeben.

Reform des Amtsblattwesens.

Wie von zuständiger Seite verlautet, wird ein im Ministerium des Innern ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen noch in dieser Woche dem Staatsministerium unterbreitet werden. Durch den Entwurf wird dem Landtag Gelegenheit gegeben werden, die seit Jahrzehnten bestehenden, insbesondere in letzter Zeit wiederholt aufgetretenen Klagen über die sogenannten Amtsblätter noch vor den Neuwahlen durch grundsätzliche Regelung zu beheben. Ueber die Frage sind die interessierten Behörden, Zeitungsverleger und Sachverständige gehört worden.

Württembergischer Heimattag.

Auf Veranlassung des Vereins zur Förderung der Volksbildung fand am Dienstag in der Aula der Technischen Hochschule in Stuttgart ein württ. Heimattag statt, zu dem eine große Anzahl von Lehrern aller Gattungen, Bezirkschulinspektoren, Geistlichen, Vertretern der Behörden und Volksbildungsorganisationen zusammen gekommen war. Direktor Bäuerle begrüßte die Versammelten. Der Zweck der Tagung sei, eine Arbeitsgemeinschaft in die Wege zu leiten, die die Forschung und Erschließung der Heimat und die pädagogische Verarbeitung des heimatischen Materials in die Hand nimmt. Die Heimatbildung soll vertieft werden. Als Ziel sei ein schwäbisches Heimatbuch oder schwäbische Heimatbücher gedacht. Kultminister Sieber wünschte der Tagung einen guten Verlauf. U. a. führte er aus: Noch haben wir unsere Heimat, einen Quell unendlicher wirklicher Freude und Erhebung, der im letzten Grund uns unentziehbar und unzerstörbar ist. Diesen Quell erschließen zu helfen ist der Zweck der Tagung. Unserem lieben armen Volk diesen ungeschätzten und unerschöpflichen Reichtum wieder zu erwecken, ihm Auge, Sinn und Herz zu öffnen, dem gelte unsere Arbeit. Es ist der Geist, der sich den Körper baut. Bei aller äußeren Armut können wir so innerlich reich werden. Solcher Arbeit kann der Segen nicht fehlen. — Nach dem Minister sprachen noch Prof. Dr. Sauer von der Techn. Hochschule, der Schriftsteller Hans Krehling-Ulm und der Dialektiker August Lämle-Cannstatt. Zum Schluß unterbreitete Direktor Bäuerle für die praktische Arbeit den Vorschlag, die heimathundliche Arbeit in verschiedene Ausschüsse zu teilen, die vom Verein bestellt werden sollen. Die einzelnen Gruppen bearbeiten die Heimatkunde nach folgenden Gesichtspunkten: Vaterländische Altertümer- und Urgeschichte, württ. Geschichte, Theologie und Landes- kunde, Wirtschaftskunde, Volkskunde, Literatur, Dialekt, Kunst, Musik, Presse und Heimatmuseum. Ein allgemeiner Arbeitsausschuß wird die Geschäfte führen. Die Vorschläge wurden gutgeheißen.

Das Ende des Naturschutzes?

Diese Frage wirft Oberförster Otto Feucht im Aprilheft des „Schwäbischen Bundes“ auf. Er schreibt: „Wir wollen nicht daran halten, daß in dem alles umwälzenden Werden einer neuen Zeit auch auf diesem Gebiet schon manches dem Taumel des Unverstandes oder der Leidenschaft zum Opfer gefallen ist. Aber kann denn ein verarmendes, rechtslos gewordenes Volk, das seine eigenen Angehörigen nicht mehr zu schützen vermag, überhaupt noch Naturschutz treiben? Ist in einem Lande noch Raum für die Erhaltung von Naturschönheiten, für die Schonung von Tieren und Pflanzen, das die ihm gebliebenen Naturschätze zum äußersten ausnützen, seine Wälder — um nur eines zu nennen — in unerhörter Weise verwüsten muß, um nur überhaupt weiterleben zu können? Man wird in den Zeiten des wirtschaftlichen Tiefstandes verzichten müssen auf vieles, was das Leben angenehm und freundlich macht, das alles kann später einmal, und sei es auch erst von unseren Kindeskindern, wieder aufgenommen werden. Was aber in der Natur an Eigenart zum Verschwinden gebracht ist, das ist unwiederbringlich dahin. Gewiß, die Natur ist unverwundlich, ihre Schaffenskraft hört niemals auf. Aber wenn unsere schönsten heimischen Arten der Tier- und Pflanzenwelt vernichtet und ausgerottet sind, so werden dafür andere, weniger empfindliche Arten die Führung übernehmen, wie heute schon vielfach die Spagier die Stelle der Singvögel einnehmen, oder werden irgendwelche nordamerikanische und ostasiatische Arten in die Lücken treten. Da ist es doppelt und hundertfach nötig, nichts leichtfertig aufzugeben und alles zu bewahren, was an Schönheit der Natur noch irgend bewahrt werden kann. Denn wir brauchen diese Schönheit desto mehr, je trüber und freudloser das Leben um uns wird. Wir brauchen blumenüberfüllte Bergwiesen, den farbenreichen Taumel der Falter und das Rieseln des Waldbachs zwischen Moosen und Farnen. Wir brauchen das Lied der Drossel am Frühlingsabend, wie die Weisenwärme im kahlen Winterwald, wir brauchen die alte knorrige Eiche im geheimnisvollen Waldesdunkel, wie die sturmgepeitschte Föhre auf freier Weide. Wohl, auch das bebaute Land kann schön sein, aber blühende Obstgärten und reisende Kornfelder vermögen in all ihrer Herrlichkeit das nicht zu bieten, was wir vor allem brauchen: friedliche Orte der Einsamkeit, die die fernab vom politischen und wirtschaftlichen Kampfe uns die Ruhe und Kräftigung schenken, die nur die Natur zu geben vermag.“

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Dem Reichsamt ist vom Reichsministerium des Innern ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorgelegt worden. Demnach sind alle Geschlechtskranken verpflichtet, sich bei einem approbierten Arzt behandeln zu lassen. Sogenannte „Fernbehandlung“ ist verboten. Die zuständige Gesundheitsbehörde kann der Krankheit und ihrer Weiterverbreitung dringend verdächtige Personen anhalten, sich behandeln zu lassen, sie eventl. auch in ein Krankenhaus bringen. Die bewußte Verbreitung der Krankheit, sowie die kurpfuschertische Behandlung, ja schon das Anerbieten dazu, ist verboten. Jeder Kranke ist vom Arzt über Wesen und Folgen seiner Krankheit sowie über die damit zusammenhängenden gesetzlichen Vorschriften aufzuklären. Der Arzt ist ferner gehalten, einer der zu errichtenden öffentlichen Beratungsstelle Anzeige zu erstatten, wenn der Patient sich der Behandlung entzieht oder andere besonders gefahr-

det. Kommt der Kranke den Anweisungen der Beratungsstelle nicht nach, so hat dieser davon der Gesundheitsbehörde zur Ergreifung von Zwangsmaßnahmen Kenntnis zu geben. Auf die Uebertretung dieser Vorschriften sind zum Teil sehr hohe Strafen gesetzt; der Gesetzentwurf sieht auch eine Abänderung des Strafgesetzbuches vor. § 180, auf Grund dessen die Wohnungszwernichtung an Prostituierte als Strafmittel bestraft wurde, erhält einen Zusatz, der diese Bestimmung befreitigt. Auch wird § 361 Abs. 6 über das öffentliche Verhalten jener Personen gemildert. Bedenklich ist ein Zusatz zu § 184, der das Ausstellen, Ankündigen oder Anpreisen von Mitteln zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten von der nicht in einer Sitte und Anstand verletzenden Strafbestimmung dieses Paragraphen ausnimmt, „soweit es nicht in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise erfolgt“.

Erhöhung des Zuckerpreises.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung hat einen neuen Entwurf über den Verkehr mit Zucker zugestimmt, der eine Erhöhung des Raffineriepreises vorseht, wodurch einem „dringenden“ Verlangen der Raffinerien Rechnung getragen wird. Der Verbrauchszuckerpreis wurde mit Wirkung vom 1. April um 34,75 M. auf 135 M. für den Zentner erhöht. Außerdem sind die bisher geltenden Zuschläge von 55 auf 70 M. heraufgesetzt worden. Diese Preise gelten für den Verkauf durch die Raffinerien. Der Handelszuschlag erfuhr gleichfalls eine Erhöhung von 10,50 M., wogegen bisher nur 3,70 M. für den Zuschlag genommen wurden. Günstig auf den Entschluß, Zuckerrüben anzubauen, hat die Zusage der Reichsregierung gewirkt, im Herbst einen angemessenen Preis für Zuckerrüben anzusetzen, der namentlich mit den Kartoffelpreisen im Einklang steht. Man kann jetzt mit der Möglichkeit einer Erhöhung des Zuckerrübenanbaues um 15—20 Prozent gegen den Anbau des Vorjahres rechnen. — Infolge der wesentlich erhöhten Zuckerpriese, der bedeutend gestiegenen Löhne und anderer Verarbeitungskosten sind auch die Süßigkeitenpreise erhöht worden. Nach einer Berechnung des Reichsernährungsministers dürfen für Bonbons, Konfekt und dergl. im Kleinhandel Preise zwischen 17,20 M. und 30,40 M. das Pfund genommen werden.

Zucker statt Marmelade.

Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt: Wie wir erfahren, hat die Landesverforgungsstelle in den vergangenen Monaten wiederholt bei den zuständigen Stellen in Berlin die Beseitigung von Zucker an Stelle der Fabrikmarmelade beantragt. Ihre Bemühungen hatten jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Neuerdings hat das Ernährungsministerium mit verstärktem Nachdruck bei den zuständigen Berliner Stellen verlangt, daß anstatt Marmelade der entsprechende Teil von Zucker geliefert werde. Es hat darauf hingewiesen, daß in Württemberg der ausgedehnte Kleingartenbau es mit sich gebracht habe, daß das häusliche Einmachen, das von altersher hier in Württemberg üblich gewesen sei, sich immer mehr und ganz besonders während der Kriegszeit vervollkommnet und ausgedehnt habe. Nach den neuesten Mitteilungen ist übrigens in Aussicht zu nehmen, daß die öffentliche Bewirtschaftung der Marmelade überhaupt eingestellt wird. Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß es der Landesverforgungsstelle durch Einsparungen möglich sein wird, im Juni 1½ bis 2 Pfund Zucker auf den Kopf der Bevölkerung als Einmachzucker zu verteilen.

Die Ermäßigung der Tabaksteuer.

Die Ermäßigung der Tabaksteuer beträgt vom 1. Mai ab bis zum 30. September 1920 für Zigaretten 75 Prozent, für Zigaretten in den 5 höchsten Steuerklassen 50 Prozent und für feingehackten Rauchtobak in den beiden obersten Steuerklassen 20 Prozent der vollen Sätze. Die Tabaksteuer für Zigaretten wird jedoch nicht unter den Betrag von 87 M je 1000 Stück, für feingehackten Rauchtobak nicht unter 32 M pro Kilo ermäßigt.

Georgii.

Am 23. April verzeichnet der Kalendermann den Gedächtnistag des hl. Georg, der in der Ueberlieferung als Drachentöter erscheint und dem zu Ehren im Mittelalter so manche Kapelle errichtet wurde, die am Namenstag ihres Patrons umritten wurde, ein Brauch, auf den in manchen Gegenden Bayerns der „Jörgenritt“, noch hinweist. Ueberhaupt hat der Georgitag heute noch besondere Bedeutung im Volksmund, der ihn mit der Witterung in enge Verbindung bringt. „St. Georg und St. Marks (25. April) drohen oft viel Arge,“ wenn auf vorzeitige Frühlingswärme empfindliche Kälte eintritt. Der Weingärtner sieht es gern, wenn um Georgii die Reben keine großen Fortschritte im Wachstum zeigen: „Ist die Rebe um Georgii noch blüht und blind, so soll sich freuen Weib und Kind.“ Der Schäfer darf von jetzt ab die Wiesen nicht mehr befahren. Das Begehen für die Fährpänger ist ebenfalls verboten. Am Anfang des neuen Wirtschaftsjahres muß mit Steuern, Zinsen und sonstigen Abgaben abgerechnet werden, so bildet von jeder der 23. April wie Martini einen wichtigen Zins- und Steuertermin.

Der Apfelblütenstecher.

Der Gartenfreund muß ein wachames Auge auf seine Obstbäume haben. Wo sich rostbraune Knospen zeigen, ist der Apfelblütenstecher oder Kainzwurm. Diese Knospen sind, da der Wurm sie doch töten würde, auszubrechen, um seine Verbreitung zu verhindern. Das gegenwärtige Wetter ist sehr dazu geeignet, daß der Käfer viele Eier in die Knospen legen kann. Der Apfelblütenstecher bohrt sich mit seinem Rüssel in die Blütenknospe und legt ein Ei hinein. Die Larve füt dann wohl geborgen in einer Vorratskammer und frist die Staubäden und den Stempel ab, um sich nach etwa 14 Tagen zu entpuppen. Die Blütenblätter sehen dann wie verbrannt aus. Es ist nicht ohne Erfolg, wenn man die Bäume abklopft und Papier oder ein großes, womöglich weißes Tuch unter den Baum legt. Man wird bald Käferchen darauf finden, die rostbraun aussehen und einen Rüssel mit Fühlhörnern haben. Der Abfall vom Baum ist dem Feuer zu übergeben. Der Birnbaumrüssellkäfer tritt seltener auf und zerstört nicht die Blüten, wohl aber die Blätter des Birnbaumes. Auch dieser Schädling kann durch Abklopfen und Abschütteln vertilgt werden.

Häusliche Blumenpflege.

Die blumenfrohe Hausfrau sät jetzt in Rischen und Töpfe die Blumenamen oder versetzt die schon früher gesäten. Letzteres nennt man das Pikieren der Sämlinge. Wenn die jungen Pflänzchen sich im Topf gegenseitig stark berühren, daß es ihnen zu eng wird, so müssen sie vorsichtig ausgehoben und in andere Gefäße versetzt werden. Wenn die Keimblätter sich entwickelt haben oder die Pflänzchen groß sind, so daß man sie mit den Fingern fassen kann, dann ist die Zeit des Pikierens da. Dadurch erhalten die jungen Pflänzchen mehr Licht und Luft, um sich auszudehnen, und werden zur stärkeren Bewurzelung gedrängt. Die neue Erde verhilft zu besserem Wachstum und rascherem Gedeihen. Besonders die vielfarbigen Knollenbegonien, die bunten Gloxinien werden schon pikiert, wenn kaum das erste Blattpaar aus dem Samen herausgeschlüpft ist. Vorsicht ist aber für die pikierten Pflänzchen nötig beim Auffüllen der Töpfe: nicht zuviel an die Sonne, und dann beim Gießen: nicht zuviel Wasser und womöglich nur laues.

Mitmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Ein Luftwirbel im Nordwesten, der in östlicher Richtung gegen Norwegen vordringt, läßt am Freitag und Samstag vorübergehend aufheiterndes, aber durch mehrfach bedecktes und zu geringfügigen Niederschlägen geneigtes, mäßig warmes Wetter erwarten.

(S.B.) Freudenstadt, 20. April. In den Gemeinden Bittlensweiler, Dietersweiler, Untermuschbach, Loßburg und Lombach wird, lt. amtlicher Bekanntmachung, von den Freudenstädter Einwohnern die Milch beinahe reiflos im Hamsterweg aufgelaufen. Die Gemeinden sind deshalb außer Stande, ihr Lieferungsoll auch nur annähernd zu erfüllen und die Regierkassenteile ist daher zur Befriedigung der Verbraucher nicht mehr in der Lage. Damit dem Unfug der Milchhamsterei Einhalt getan wird, werden die Ueberwachungsstellen angewiesen, zunächst jede gehamsterte Milchmenge nebst den Behältern ausnahmslos wegzunehmen.

(S.B.) Stuttgart, 21. April. Aus einem Lagerraum in der Johannisstraße wurden 1000 Rollen Nagfaben in schwarz, weiß und blau, Fabrikat Schürer-Augsburg Nr. 50 im Gesamtwert von 15 000 Mark entwendet. Für die Wiederbeibringung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

(S.B.) Ehlingen, 20. April. In der am Sonntag in Reilingen abgehaltenen Konferenz der Sozialdemokr. Parteiorganisationen des Bezirkes Ehlingen, in der neun Mitgliedschaften durch 45 Delegierte vertreten waren, wurde als Reichstagskandidat Genosse Kengott einstimmig wieder in Vorschlag gebracht; als Kandidaten zur Landtagswahl die Genossen Schlegel, Stuber, Ernst (Ehlingen), Mezger (Reilingen) und Mayer-Rosa (Neuhausen a. F.).

(S.B.) Ravensburg, 21. April. Auf dem Rheinhof bei Niederbiegen verschied der Gutsbesitzer Johann Weiß in der Nacht vom Freitag auf Samstag unerwartet rasch. Die bald nach dem Tode eingetretenen Vergiftungsercheinungen und umgehende Gerichte von einem gewaltsamen Tod gaben Veranlassung zu einer Sektion der Leiche, worauf die Frau des Verstorbenen und ein Knecht in Haft genommen wurden.

Büchertisch.

Vor siebzig Jahren.

In der Monatschrift „Der Schwäbische Bund“ veröffentlicht Robert Fischer zum erstenmal einige politische Aphorismen seines Vaters Friedr. Th. Fischer aus dem Jahre 1850. Darin steht so manches kräftige und zornige Wort, als wär's für den heutigen Tag geschrieben. Man lese etwa die folgenden Sätze, die heute fast die immer wiederkehrende deutsche Schmach enthüllen: „Mindestens eine Generation wird hingehen, bis Deutschlands Genius retend durchgreift. Wir müssen resignieren darauf, den Anfang noch zu erleben. Dies gehört zum Schwerksten; mit dem glühenden Durst, ein Vaterland zu haben, mit dem brennenden Schmerz, einem verachteten Volke anzugehören, sich ins Grab legen ohne Labung, ohne das gelobte Land geschaut zu haben, das ist ein schweres Los. Unsere Enkel werden sich mitleidig erzählen von den Vätern, die da lebten zu der Zeit, wo der Ausländer dem Deutschen ins Gesicht spucken durfte, ohne daß eine Hand in der Heimat sich für ihn regte. Das Gefühl dieses Lebensschmerzes, dieses schmachvollen Schattenlebens soll eben selbst der Hebel der Rettung werden. Es tiefer und tiefer in uns einzugraben, es zu verbreiten in alle Herzen, das ist unsere Lebensaufgabe.“ Das schrieb, wie gesagt, „Auch Einer“ vor siebzig Jahren ...

Für die Christleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklamezeil.

Braucht man wirklich Seifung, wenn man waschen will? Die Hausfrauen meinen zum großen Teil immer noch, ohne große Heizung für langes Kochen der Wäsche ginge es nicht. Das ist aber gar nicht richtig. Wer das Waschmittel „Vurnus“ zum Einweichen der Wäsche benutzt, kann jede Feuerung entbehren: Die Wäsche wird über Nacht in die Vurnuslösung eingeweicht und am anderen Morgen wird sie lebendig durch das Einweichen gesäubert sein, da Vurnus auch in kaltem Wasser selbsttätig schaumblösend wirkt. Die Wäsche wird dann ausgepült und, wie es auch im Auslande und in wasserreichen Gegenden Deutschlands geschieht, in kaltem Wasser weiterbehandelt durch Ausringen, Reiben oder Schlagen. An dieses einfache und billige Verfahren gewöhnt man sich leicht, zumal die Wäsche dadurch gesünder und der teure Brennstoff gespart wird. Will man aber über die Nacht in Vurnus eingeweichte Wäsche doch noch kochen, so genügt es, sie mit wenig Seife oder Seifenpulver gerade zum Kochen zu bringen.

Vurnus ist kein Kriegserzeugnis und kein Gefahrmittel. In bester Friedensware überall erhältlich. Hersteller: Chemische Fabrik Röhm & Haas in Darmstadt.

Ständiges Inferieren bringt Erfolg.

Städtische Lebensmittel-Sürsorge.
Buttermarke Nr. 1 kann eingelöst werden.

Finanzamt Hirsau.
Unter Hinweis auf § 104 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (Reichsges. Bl. S. 1993) wird darauf aufmerksam gemacht, daß die **Reichsumsatzsteuerbeträge**, falls sie nicht binnen 14 Tagen nach Bekanntgabe der Steuerbescheide bezahlt werden, von Ablauf dieser Frist an mit 5 vom Hundert zu verzinsen sind.
Den 20. April 1920.
Finanzamt: Böler.

Frauenarbeitschule Calw.
Am Montag, den 3. Mai 1920 beginnt ein **neuer Kurs.**
Der Unterricht erstreckt sich auf häusliche weiblichen Handarbeiten, sowie geometrisches, Freihand- und Muster-schnittzeichnen.
Anmeldungen nimmt die Schulleiterin Fräulein E. Wagner, untere Marktstraße 85/11, am Freitag, den 30. April, von nachmittags 2-4 Uhr, entgegen. Ins Kleidernähen können keine Schülerinnen mehr aufgenommen werden, da die aufzunehmende Zahl schon voll ist. Neu eintretende Schülerinnen werden er sucht, den Eintrittstermin pünktlich einzuhalten.
Calw, den 20. April 1920.
Der Vorstand: Stadtschultheiß Göhner.

Marmorwerk Hirsau
Inhaber: Emil Majer
Liefert als Spezialität
Waschtischaufläge und Nachttischplatten
in weiß und farbig.
Prima Qualität, kürzeste Lieferzeit.

3000 Ztr. Speisesalz
sind eingetroffen
Eugen Dreiß.

Landw. Consumverein Calw.
Fein gemahlener Kainit und Chlorkalium
sind auf Lager.

Starke Salat- und alle Sorten Gemüse-Geblinge
empfiehlt
Ehr. Hägele, Handlungsgärtner.

Langholzfuhrmann,
tüchtiger, gegen Höchstlohn zum sofortigen Eintritt gesucht, ebenso finden
3 Plabarbeiter
lohnende Beschäftigung.
E. Wolf, Dampfjägewerk, Pforzheim-Dillstein.

Lehrlinge, Lehrlingmädchen und Hilfsarbeiterinnen gesucht.
Vereinigte Eisfabriken Unterreichenbach.
Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

Frauengruppe der Deutsch-demokratischen Partei Calw.

Am Montag, den 26. ds., vormittags 10 Uhr, findet der **Frauentag der D. D. P. in Stuttgart im Bürgermuseum** statt.

- Tagesordnung:
1. Der Zusammenhang der inneren und äußeren Politik. Abgeordnete Mathilde Pland.
 2. Die gesetzgeberische Arbeit der Frau im neuen Reichstag. Abgeordnete Maria Reinath.
 3. Die neuen Wahlen und Besprechung. Die weiblichen Mitglieder der Partei werden hierzu herzlich und dringend eingeladen.

Anherordtl. Generalversammlung des Landw. Ortsvereins Calw,
Samstag, den 24. April im „Schiff“ präzis abends 8 Uhr.
Der Ausschuss.

Bezirks-Bienenzüchterverein Calw.
Am Sonntag, 25. April, nachmittags 2 Uhr, findet in der Restauration Weiß (früher Dreiß'sche Brauerei) die **Haupt-Versammlung** statt.

- Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht.
 2. Herstellung von Strohwohnungen.
 3. Stellungnahme zur Faulbrustlatur des Landesvereins.
 4. Zuckerfragen.
 5. Praktische Übungen am Bienenstand.
- Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Namens des Ausschusses: J. R. Necht, Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein Ortsgruppe Calw.
Montag, den 26. April, findet im Gasthaus zum „Schiff“, abends 7/8 Uhr, die **Mitglieder-Versammlung** statt.

Tagesordnung:
Neuwahl der Ortsvertrauensleute.
Besprechung des neuen Kollektivabkommens.
Verschiedenes.
Das Erscheinen der Betriebsvertrauensleute und sämtlicher Mitglieder wünscht die Ortsverwaltung.

Wirtschafts-Inventar-Verkauf.
Unterzeichnete verkauft am Samstag, den 24. April in der „Linde“, vormittags 9 Uhr, gegen Barzahlung: **Eine Partie Wirtschaftstische und Stühle, Schragen in Eichen- und Gläser Henkel, sowie ein Gartenrad mit Seil, Heuseile, Heugabeln** lange und kurze usw.
Stadtinventierer R. D. I. b.

Ein jüngeres, eheliches **Mädchen**
findet gute Stellung bei hohem Lohn. Dasselbe hat auch Gelegenheit das Nähen zu erlernen. Zu erfragen bei **Karl May, Bougeschäff, Dillweissenstein, Ludwigsplatz 11.**

Ein tüchtiges **Mädchen**
für Küche und Haushalt für sofort gesucht.
R. Feßler, Harmonie, Zuffenhausen.

Jünger. Burische
zur Landwirtschaft und Versorgung einiger Stück Vieh, kann sofort eintreten
Josef Himmelfeher, z. Hecht, Weilderstadt.

Forstamt Liebenzell. Laubstammholz-Verkauf.

Am Freitag, d. 30. April 1920, vormittags 9 Uhr in der „Sonne“ in Liebenzell: aus Staatswald Abt. Hagenich, Unt. Badwald, Unt. u. Ob. Gfält u. aus Schläger der Hut Dieselsberg: 24 Eichen mit Fm: 1 Ha. 1 Hb., 3 IV., 3 V und 1,6 VI. Kl. 11 Weißbuchen mit Fm: 2 Fm IV. bis VI. Kl. 1 Horn mit 0,5 Fm V. Kl. Registerauszüge von der Forstdirektion G. f. H., Stuttgart.

Kirchen-gefängereverein Calw.
Freitag ganzer Chor.
Berlora
ging vom Bahnhof bis zur neuen Handelsschule eine **Damenuhr**, abzugeben gegen Belohnung bei **Heinr. Rühle, Altbürgerstraße 277.**

Auf dem Wege von Bad Teinach nach Station Teinach ist eine **Pferdedecke** gefunden worden. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei **Hahn, Zavelstein.**

Churka BACKPULVER
überall erhältlich
Ein gutes haltendes **Fahrrad**
mit neuer englischer Bereifung steht dem Verkauf aus. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ältere Bettstelle mit Rost und Seegrasmatratze, eine bereits noch neue, eiserne **Wäschemange** und ein **Bücherständerle** sind zu verkaufen.
Obere Marktstr. 18.

2 Angelruten mit Rolle und sonstigem Zubehör, eine **Schmetterlings-Sammlung** mit einigen ausländischen Exemplaren, **einen Vorhang** aus Alpakastoff, noch wie neu, hat zu verkaufen **Adolf Koepfer, Ernstmühl.**

Zu verkaufen:
1 eiserne **Bettlade**,
1 **Bügelofen**,
1 **Ziehharmonika** 2-reihig, 6 Bässe,
2 Paar **Nohrstiefel**, Größe 43,
1 **Stubenuhr**.
Lederstraße 167.

Statt Karten.
Zur Feier ihrer Hochzeit
am Samstag, den 24. April, im Saale der **Brauerei Dreiß** laden freundlich ein
Wilhelm Bofch, Calw,
Babette Schröppel, Bopfingen.

Statt Karten.
Zu unserer am Samstag, den 24. April, im **Gasthaus zum „Löwen“** in Calw stattfindenden **Hochzeits-Feier** laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte herzlich ein.
Jakob Furtmüller, Calw,
Luise Rühle, Calw.

Stammheim.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 24. April 1920 stattfindenden **Hochzeits-Feier** in unser elterliches Haus in das **Gasthaus zum „Waldborn“** hier, freundlichst einzuladen.
Friedrich Wohlgenuth,
Emilie Mann.
Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Gesangsunterricht
erteilt
Frau Marie Fromm
Schießberg 310.

Achtung! Schuhwaren aller Art kaufen Sie vorteilhaft bei Karl Stoll, Haggasse.
Im Auftrag zu verkaufen:
3 Paar **Nohrstiefel**, Größe 42-44, 1 Paar
Schnürschuhe, Größe 42, 1 Paar
Offizierstiefel, Größe 43, 1 zweireihige
Ziehharmonika.
Haggasse 192, I. Stock.
Circa 1000 feuerfeste **Steine** hat zu verkaufen **Stoll, z. Löwen, Hirsau.**
Zu kaufen gesucht:
10-15 Zentner **Heu u. Dehnd**, oder gegen einige Meter **Scheiterholz** zu tauschen gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.